Nr. 169 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 8. Juli 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 91 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 30.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.30, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Verhandlungen und Vermutungen

Die Verhandlungen in Spa sind nun nach dem Eintreffen der deutschen Heeressachverständigen im vollen Gang. Ueber ihren Verlauf ist jedoch noch kein auch nur andeutungsweise sicheres Bild zu geben. Man weiß nur, es wird verhandelt, und zwar von allen Seiten mit dem größten Aufgebot von sachverständigen Kräften. Für uns ist dieser Aufmarsch aller irgendwie in Frage kommenden Politiker und Diplomaten in Spa von guter Bedeutung, beweist er uns doch, daß man gesonnen ist, sich mit uns ernsthaft auseinanderzusetzen. Ein Beweis dafür, daß es sich diesmal nicht um die Verkündigung vorher gefaßter Beschlüsse der Entente handelt, muß auch darin erblickt werden, daß die Berufungen nach Spa noch andauern, daß sie sich also aus dem jeweiligen Stand der Verhandlungen ergeben und daß man das Erscheinen der Berufenen zweckdienlich für noch zu fassende Beschlüsse hält. Ueber diese Berufungen nach Spa liegen heute folgende Meldungen vor:

B. Berlin, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die in Berlin zurückgebliebenen Vertreter des deutschen Handels und der Industrie reisen am Donnerstag nach Spa. Durch den Kanzler sind neun Sachverständige nach Spa berufen worden.

⊙ Genf, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Havas" meldet am Dienstag abend: Die Mitglieder des Obersten Kriegsrats sind Dienstag nach Spa berufen worden. Am Mittwoch findet eine Sitzung des Kriegsrats statt, die zu den besonderen Anträgen der Deutschen Stellung zu nehmen hat. — Der Präsident der Wiedergutmachungskommission Dubois ist telegraphisch nach Spa berufen worden. Auch der französische Finanzminister Klotz ist nach Spa abgereist. „Journal des Débats" schreibt: Die zahlreichen Berufungen hervorragender Männer des öffentlichen Lebens lassen den Schluß zu, daß man unbedingt in Spa zu einer Einigung kommen will.

Der Wille, zu einer Einigung zu gelangen, ist — das kann heute wohl angenommen werden — allgemein vorhanden. Ob er aber zur Tat führen wird, weiß noch niemand. Die bisher stattgefundenen Verhandlungen lassen darüber keinen Schluß zu, ebensowenig die vom Montag, wie die letzte, über die das Wolff-Bureau berichtet: Die zweite Sitzung der Konferenz, an der auf deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, der Minister des Aeußeren Dr. Simons, der Reichswehrminister Dr. Geßler und General v. Seeckt teilnahmen, wurde kurz nach ½6 Uhr durch den Ministerpräsidenten Delacroix mit der Frage eröffnet, welches Mitglied der deutschen Delegation den Auftrag habe, die Noten der Entente in der Frage der Entwaffnung zu beantworten. Dr. Geßler ging sofort in längeren Ausführungen auf die ganze Entwaffnungsfrage ein und schilderte den gegenwärtigen Zustand.

Die 200 000 Mann seien für die deutsche Regierung eine unumgängliche Notwendigkeit

Lloyd George stellte darauf die Punkte auf, in denen die Alliierten Deutschland Nichterfüllung des Friedensvertrages in militärischen Dingen zum Vorwurfe machen, insbesondere, daß die deutsche Reichswehr statt 100 000 200 000 Mann umfasse und daß Deutschland statt der ihm zugestandenen 2000 Maschinengewehre 60000 habe, und statt der ihm zugestandenen 200 Geschütze 12 000. An Gewehren seien zwar 1,5 Millionen abgeliefert und die Hälfte bereits zerstört worden. Es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der deutschen Bevölkerung seien. Der Besitz der Gewehre sei ein politisches Gefahrenmoment von außerordentlicher Schwere. Ihm gegenüber sei es gleichgültig, ob die Heeresstärke Deutschlands 100 000, 200 000 oder 300 000 Mann betrage. Die Alliierten erwarteten von der deutschen Regierung bis morgen vormittag bestimmte Pläne, wie sich die Auslieferung dieser Waffen und die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann gestalten soll.

Reichskanzler Fehrenbach betonte darauf in sehr ausführlichen und lebhaften Darlegungen die Schwierigkeiten der Aufstellung eines weiteren Planes. Er machte auch darauf aufmerksam, daß die Wiedergutmachungsforderungen der Alliierten von dem Bestehen einer genügend großen Wehrmacht in Deutschland abhängig sei. In scharfer Weise erwiderte Lloyd George, daß die Alliierten

klare Antworten und Ziffern

wollten. Die Konferenz von Spa hätte sonst keinen Zweck mehr. Minister Dr. Simons erwiderte sofort, daß er nach Lage der Dinge nie hätten annehmen können, daß die militärische Frage an erster Stelle in Spa besprochen werden würde. Es sei zweifelhaft, ob wir bis morgen vormittag in der Lage sein werden, bestimmte Pläne vorzulegen. Lloyd George erwiderte, man werde uns genügend Zeit lassen. Ministerpräsident Delacroix setzte darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch ¼4 Uhr nachmittags fest.

Soweit sind also die Verhandlungen gediehen. Aus ihnen deuten zu wollen, wohin sie führen werden, ist verlorene Liebesmühe. Trotzdem heftet die Presse der Alliierten allerlei Kommentare an die bis jetzt vorliegenden Berichte und gibt dadurch mehr ein Bild über die Wünsche und Hoffnungen der einzelnen Länder und Parteien als über den wirklichen Stand der Angelegenheit. Zur Beleuchtung der Stimmung sind jedoch auch diese Begleitworte interessant. Wir lassen darum einige folgen:

⊙ Genf, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet aus Spa: Bei den Beratungen am Dienstag zeigte sich ein unverminderter Widerstand der Alliierten gegen die von Deutschland gewünschte Belassung der Heeresstärke auf 200 000 Mann. Außer dem Gutachten des Marschalls Foch soll noch ein weiteres Gutachten von englischer Seite eingefordert werden, das vor Donnerstag nicht in Spa vorliegen kann. Das gleiche Blatt meldet auch: Die Verhandlungen in Spa nehmen den erwarteten Verlauf. Die Deutschen lassen beharrlich und mit klarer Ueberlegung Widerstand bis zum äußersten.

„Echo de Paris" meldet: Die Teilnahmeeinladungen der Deutschen in Spa haben Sonderberatungen notwendig gemacht. Sowohl am Montag wie am Dienstag fanden Besprechungen zwischen Lloyd George, Millerand und Sforza nach Schluß der offiziellen Sitzungen statt. Es verlautet, daß die Zugeständnisse der Deutschen in ihrer bisherigen Form noch nicht genügend sind.

ITA. Paris, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter des „Journal des Débats" legt der gestrigen Beratung in Spa große Bedeutung bei. Nach seiner Ansicht wollen sich die Verbündeten versichern, daß die Absichten Deutschlands seinen Erklärungen entsprechen. Die Zukunft der Konferenz von Spa werde also wahrscheinlich von dieser Sitzung abhängen. Nach ihr würden die Verbündeten urteilen, ob sie die Erörterungen fortsetzen wollen.

ITA. London, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Ein britischer Staatsmann, von dem Korrespondenten des „Daily Chronicle" über die Situation befragt, sagte: Ich hege die Hoffnung, daß wir mit den Deutschen übereinkommen. Die Vorschläge der Verbündeten sind annehmbar. Wären wir durch die Bösartigkeit der Deutschen gezwungen, das Ruhrgebiet zu besetzen, dann würde Deutschland niemals wieder auf die Beine kommen. Wir hoffen, daß bei ihnen die Vernunft siegen wird.

⊙ Genf, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der „Secolo" meldet aus Rom: Hier beurteilt man die Dinge in Spa nicht ungünstig. Das Zugeständnis der Alliierten, mit den Deutschen über die Bedingungen überhaupt zu verhandeln, läßt Italien hoffen, daß die Gegensätze überbrückbar sind.

Daß neben diesen Vermutungen und Deutungen über Deutschlands Verhalten auch wieder Gerüchte über Unstimmigkeiten unter den Alliierten auftauchen, kann nicht wunder nehmen. Wir messen diesen Nachrichten, wie schon mehrmals festgestellt, keine große Bedeutung bei, registrieren sie aber, da sie einmal zum notwendigen Bestandteil aller Konferenzen geworden sind. Diesmal ist es der „Corriere della Sera", der berichtet, die Einigkeit unter den Verbündeten in Spa sei bereits gefährdet. Das Blatt teilt mit, daß Graf Sforza Lloyd George bekanntgegeben hat, Italien werde sich von der Konferenz zurückziehen, falls seine Mindestforderungen nicht anerkannt würden.

Außerdem wird noch über eine englisch-belgische Verstimmung berichtet. Lloyd George hat bei seiner Autofahrt durch Belgien gefunden, daß das Land sich eines beneidenswerten Wohlstandes erfreue und eigentlich gar nicht aufbaubedürftig sei. Auch der Engländer Keynes hatte sich über die Höhe der belgischen Schadenersatz-Ansprüche abfällig geäußert. Die Belgier sind empört über die Aeußerung Lloyd Georges und schicken sich an, die von ihnen geltend gemachten Milliardenansprüche zu verteidigen.

Diese Meldungen enthalten wohl alle ein Fünkchen Wahrheit, denn wer wollte bezweifeln, daß bei der Verteilung der Beute jeder glaubt, zu kurz zu kommen. Von Bedeutung sind diese Verstimmungen aber nicht, sie sind nur Begleiterscheinungen bei den weit schwierigeren Auseinandersetzungen zwischen Sieger und Besiegten.

•

Die ersten Konflikte

Von unserm Sonderberichterstatter Rolf Brandt

Spa, 6. Juli

Die Konferenz von Spa hat heute ein ernstes Stadium erreicht. Das ist der Eindruck, den die heutige Nachmittagssitzung über die Abrüstung zurückgelassen hat. Lloyd George, Millerand und Foch waren schon frühzeitig vor dem festgesetzten Beginn der Sitzung um 5 Uhr erschienen. Der Park war streng abgesperrt. Aber Hunderte von Journalisten aus der ganzen Welt hatten Eintrittskarten erhalten und warteten vor dem historischen Gebäude. Zu Beginn der Sitzung sah es so aus, als ob die Verhandlungen überhaupt abgebrochen werden würden, da Lloyd George die Rede des deutschen Reichswehrministers Dr. Geßler so verstand, als ob Deutschland den Vertrag von Versailles nicht erfüllen wolle. Dann aber, so sagte Lloyd George, sei die Konferenz überflüssig. Erst das geschickte und schnelle Eingreifen des deutschen Außenministers Dr. Simons vermochte die Situation zu retten. Simons gab die Erklärung ab, daß Deutschland den Versailler Vertrag erfüllen wolle, daß man nur einen gemeinsamen Weg finden müsse. Damit war die erste, sehr scharfe Krise vermieden.

Eine zweite Zuspitzung der Lage erfolgte nach der Einnahme des Tees, als Lloyd George auf die Ausführungen des Reichskanzlers Fehrenbach in scharfer Weise erklärte, daß die Alliierten endlich klare und wahre Ziffern haben wollten. Er sei hierher gekommen, um sich geschäftlich zu unterhalten und wünsche Tatsachen. Minister Simons erwiderte, daß die deutschen Delegierten nicht bestimmt wüßten, ob sie bis zu dem gewünschten Termin die Ziffern liefern könnten. — Nach der Sitzung sah man deutlich die Erregung auf den Gesichtern der Teilnehmer, auch bei Lloyd George, der ein ernstes Gesicht zeigte. Von deutscher Seite wird man das möglichste tun, um das Ergebnis von Spa nicht zu gefährden, aber auch nicht die Möglichkeit einer gesunden und ruhigen Entwicklung in Deutschland.

•

Stinnes bei Millerand

Der Sonderberichterstatter des „Matin" in Spa telegraphiert seinem Blatte: Gestern hatte Hugo Stinnes, der von Köln gekommen war, eine lange Zusammenkunft mit Millerand. Dieser empfing ihn in dem französischen Quartier. Stinnes setzte Millerand seine Pläne über die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete auseinander. Millerand machte einige Einwendungen, erklärte sich aber lebhaft interessiert durch das von Stinnes entwickelte System der internationalen Mitwirkung.

•

Der Stand der Untersuchungen

In einer Unterredung mit dem Reichsjustizminister, die ein Pressevertreter hatte, sagte Exzellenz Heinze, die Entente werde Aufklärungen darüber haben wollen, wieweit die Untersuchung gegen die Kriegsverbrecher vorgeschritten ist. Wir haben getan, was wir tun konnten. Die deutsche Regierung ist bemüht gewesen, auch in diesem Punkte die neu für übernommenen Verpflichtungen loyal durchzuführen. Die Untersuchungen werden sehr genau geführt. Die deutsche Rechtsprechung ist von jeher mustergültig gewesen und unparteiisch ist der deutsche Richter.

Die Dauer der Beratungen

+ Köln, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Echo de Paris" aus Spa spricht man dort davon, daß die Beratungen etwa vierzehn Tage dauern werden. Die Wortführer der Alliierten für militärische Fragen auf der Konferenz sind Lloyd George und in der Beratung der Wiedergutmachungsfrage der französische Ministerpräsident Millerand.

Kg. Rotterdam, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet: Die Verhandlungen in Spa sollen bis 13. Juli abgeschlossen sein. Am 14. Juli wollen Lloyd George in London und Millerand in Paris bei der Nationalfeier sprechen.

•

Die Ausführung des Versailler Vertrags

kg. Rotterdam, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Expreß" meldet aus Spa: Millerand sagte zu Pressevertretern, die Verhandlungen in Spa bildeten keinen Abschluß, sondern die Einleitung der Ausführung des Versailler Vertrages. Frankreichs politische und finanzielle Rechte seien von den Alliierten anerkannt und könnten ohne Frankreichs Zustimmung nicht wieder aufgehoben werden.

•

Keine Erörterung der Danziger Frage

× Spa, 6. Juli. Von zuständiger deutscher Seite wird mitgeteilt: Bei der gestrigen ersten Sitzung der Konferenz war als letzter Programmpunkt die Danziger Frage aufgestellt worden. Die deutsche Delegation hatte dagegen keinen Einspruch erhoben, da angenommen werden konnte, daß in Verbindung damit sämtliche schwebenden Ostfragen erörtert werden sollten. Da es sich um ein Mißverständnis handelt, ist die Danziger Frage wieder von der Tagesordnung abgesetzt worden und die bereits hierher gebetenen Sachverständigen werden ihre Reise nicht antreten.

•

Lower über das Schicksal Danzigs

Der polnische „Entwurf" nur ein Vorschlag

Von unserm Sonderberichterstatter Rolf Brandt

Spa, 7. Juli

Der englische Oberkommissar für Danzig, Sir Reginald Tower, ist seit dem 4. Juli in Spa anwesend. Da als Punkt 5 auf der Tagesordnung der Konferenz die Danziger Frage steht, wollte ich von Sir Tower Auskunft über die Verhandlungen darüber haben, zu denen doch die deutschen Vertreter wohl sicherlich auch hinzugezogen werden sollten. Zur Sache selbst bemerkte er, daß er von der Festsetzung des fünften Punktes auf die Tagesordnung der Konferenz von Spa überhaupt nichts wisse. Er sei unterwegs nach Paris, um dort das Statut für den freien Staat Danzig auszuarbeiten. Ein Vertreter Danzigs und ein Vertreter Polens würden bei dieser Aufstellung beteiligt sein.

Als ich bemerkte, daß der von den Polen ausgearbeitete Statutvorschlag für Danzig die schlimmsten Befürchtungen hervorriefe und daß man in Deutschland natürlich mit den Brüdern deutschen Blutes in Danzig mitfühle, erklärte Tower:

„Ich habe nicht gemeint, daß der polnische Vorschlag in Paris revidiert wird, sondern ich sagte, daß das Statut dort gemacht werde. Vorschlagen kann man viel. Es ist das Recht Polens, Vorschläge zu machen, wie es das Recht der Danziger ist. Im übrigen muß das Abkommen in London vom Völkerbund bestätigt werden."

Ich schnitt dann die Frage der Währung an und erklärte, daß die von Polen gewünschte Einführung der polnischen Markwährung in Danzig die Stadt ruinieren würde.

„Ich sagte schon, das wird in Paris entschieden", erwiderte Tower mit einer bezeichnenden Handbewegung. „Noch kann Danzig nicht leben. Erst nach der Beschlußfassung wird Danzig nach dem Sinne des Friedensvertrages sein Leben als freie Stadt beginnen können. Vielleicht wird sich später mehr darüber sagen lassen."

Da in dem offiziellen Berichte entgegen der Programmliste der fünfte Punkt nicht erwähnt ist, kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß hinter den Kulissen der Konferenz gestern Aussprachen über Danzig stattgefunden haben.

•

Die Polen lassen Danzig hungern

+ Danzig, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Seit einigen Tagen macht sich in Danzig und Umgebung eine große Brot- und Mehlknappheit bemerkbar, die sich durch die Tatsache erklären läßt, daß Polen seinen Vertragspflichten auf Lieferung von Lebensmitteln nicht nachgekommen ist. Danzig wird sich deshalb an andre Quellen wenden müssen, um bis zur Ernte nicht großen Lebensmittelnöten ausgesetzt zu sein. Wie das Danziger Wirtschaftsamt mitteilt, hat Polen den Antrag Danzigs, 500 Tonnen Mehl von den im Hafen von Neufahrwasser lagernden für Polen bestimmten Vorräten für Danzig auszugeben, abgelehnt. Erwähnt sei noch, daß Polen von den vertragsmäßig bis zum 1. Juli zu liefernden Schweinen von 3877 Doppelzentnern Gewicht mit 2707 Doppelzentnern rückständig ist und von den zu liefernden Mühlenfabrikaten von 250 Tonnen bisher erst 80 Tonnen geliefert worden sind.

Ein internationales Institut in London

Das Wolff-Bureau meldet: In London wurde gestern ein britisches Institut für internationale Angelegenheiten gegründet. Es handelt sich um eine große Bibliothek mit internationalen Werken. Sie soll Studienzwecken dienen und den gesellschaftlichen Verkehr zwischen Journalisten, Politikern und Beamten erleichtern.

Ungeschwächte Fortsetzung des Boykotts

× Amsterdam, 7. Juli. In der in Brüssel abgehaltenen Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, den Boykott gegen Ungarn ungeschwächt fortzusetzen und wegen seiner Verschärfung mit den in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu treten.

Die Arbeiter unter dem Bolschewismus

Der alte deutsche Sozialdemokrat Richard Calwer schreibt:

„Wir glauben zwar nicht, daß die deutschen Arbeiter viel von dem russischen Vorbilde des Gewaltsozialismus lernen werden, aber es ist doch gut, von Zeit zu Zeit darauf hinzuweisen, wie die russische Arbeiterschaft sich unter dem bolschewistischen System befindet. Wir erfahren freilich recht wenig über die inneren russischen Verhältnisse. Aber unter den eingehenden Berichten befinden sich doch da und dort einige, die den Eindruck der Glaubwürdigkeit machen, und diese wenigen genügen, um ein Licht auf die Lage der Arbeiterschaft fallen zu lassen. Zwei Nachrichten aus jüngster Zeit halten wir besonders bemerkenswert. In der einen wird über eine Rede Lenins berichtet, die er auf dem dritten Flußschiffahrtskongreß am 17. Mai hielt. In dieser Rede verteidigte Lenin den Uebergang von dem Rätesystem in den Fabriken zur Wiederherstellung der Macht der individuellen Leiter, die mit einer unbeschränkten Gewalt über die Arbeiter ausgestattet sind. Im Verlaufe dieser Rede machte Lenin Ausführungen, die wie folgt übermittelt werden:

„Wir können nicht warten, das Land ist zerstört, das Elend, die Kälte, der Hunger und die allgemeine Desorganisation haben einen solchen Grad erreicht, daß es nicht so weitergehen kann. Keine Selbstaufopferung kann uns retten, wenn wir nicht die physische Existenz der Arbeiter sicherstellen, wenn wir ihnen nicht Brot geben, wenn wir nicht Salzvorräte beschaffen werden, die wir den Bauern an Stelle der bunten Papierfetzen geben können. Wenn die Verwaltung nicht in den Händen von Fachleuten liegt, wenn Heizmaterial nicht rechtzeitig eintrifft, wenn Lokomotiven, Dampfer und Barken nicht repariert werden, so ist die ganze Existenz Sowjetrußlands aufs Spiel gesetzt. Die Bevölkerung wird noch einen Winter, wie der letzte war, nicht mehr ertragen können. Kein Heroismus der Arbeiter kann sie instand setzen, die Qualen der Kälte, des Typhus, des Hungers usw. auszuhalten."

Wenn irgendein Appell an die Vernunft vor dem Gewaltsozialismus warnen könnte, so wären es die Worte Lenins über die Lage der Sowjetrepublik im allgemeinen und über die der Arbeiter im besonderen. Das Bürgertum ist nach Möglichkeit beseitigt, die Arbeiterschaft hat politisch gesiegt, aber sie ist dabei wirtschaftlich und bereits auch physisch zugrunde gegangen. Die Wirtschaftspolitik Lenins kann aus dem Zwangssystem nicht heraus und die Arbeiter sind es, die nunmehr die Opfer dieses Systems werden. Wie dieses System den Arbeitern gegenüber wirkt, davon spricht die zweite Nachricht, die wir hier wiedergeben möchten und die besagt: „Nach einem Moskauer Funkspruch hatte sich das gesamte Werkstättenpersonal der Tula-Eisenbahn vor Gericht zu verantworten. Hauptgegenstand der Anklage war der Rückgang der Leistungen der Werkstätten, ferner die verbrecherische Gleichgültigkeit und Unachtsamkeit des Personals. Mehrere Angeklagte, die einige Tage den Werkstätten ferngeblieben waren, um privaten Geschäften nachzugehen, wurden mit zehn Jahren Zwangsarbeit bestraft. Ein weiterer Angeklagter, der bei der Arbeit eingeschlafen war, erhielt acht Jahre Zwangsarbeit."

So sieht es im Lande der sozialistischen Verheißung zur Zeit aus. Nun kann man vielleicht einwenden, daß derartige Zustände nur möglich seien, weil Rußland keine innere Ruhe finden könne, da es sich fortgesetzt im Kriegszustand befinde. Aber dieser Einwand reicht nicht entfernt hin, um das steigende Arbeiterelend, um den Rückgang der landwirtschaftlichen Gütergewinnung zu erklären. Die volle Erklärung hierfür liegt vielmehr in dem verhängnisvollen Wahne, daß man das Wirtschaftsleben auf dem Wege der Gewalt und unter Mitwirkung der Bureaukratie befriedigend für ein Volk gestalten könnte. Dieser Wahnglaube ist letzten Endes schuld, daß die russische Arbeiterschaft nicht vorwärts kommen kann, sondern immer mehr verkommen muß. Lenin versucht, durch das Zwangssystem die Arbeitsleistungen zu steigern, aber die Zeit wird lehren, daß auch mit diesem Mittel kein Ansporn zur Steigerung der Leistungsfähigkeit gegeben werden kann. Mit Gewalt läßt sich ein wirtschaftlicher Fortschritt, läßt sich der Zugang zum Sozialismus nicht erzwingen." — —

Was Calwer hier über den „verhängnisvollen Wahn" sagt, der mit Zwangswirtschaft und Bureaukratie alles machen will und soll, das gilt nicht nur für Rußland. Wenn wir nicht bald aus diesem Köhlerglauben herauskommen und nicht hören wollen, dann werden wir fühlen müssen wie die Russen.

Zusammenbruch der polnischen Südfront

• Berlin, 7. Juli. Die „Deutsche Allg. Ztg." erfährt von durchaus unterrichteter Seite, daß nach hier aus Polen eingegangenen Nachrichten die polnische Front vom Pripjet bis zu den Karpathen vollständig zusammengebrochen ist. Der dort kommandierende russische General ist mit verhältnismäßig geringen Streitkräften aus der Gegend südlich von Kijew-Rowno vorgestoßen und hat nur geringen Widerstand gefunden. An hiesigen maßgebenden militärischen Stellen beurteilt man die Lage, über die der Chef der französischen Militärmission in Warschau seiner Regierung ebenfalls berichtet hat, sehr ernst. Auch an der polnischen Nordfront haben die Polen Rückzugsbewegungen vorgenommen, wobei jedoch dahingestellt sein muß, ob unter Druck oder aus strategischen Gründen.

•

Das bedrohte Wilna

K. Königsberg, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus Tilsit wird Wilna von den Polen in Verteidigungszustand gesetzt. Die Ausländer haben Wilna bis zum 10. d. M. zu verlassen.

•

Englisches Friedensangebot an Rußland

• London, 7. Juli. „Daily Herald" meldet, daß Krassin eine Note Lloyd Georges nach Moskau überbrachte, worin dieser vorschlägt, daß England und Rußland auf jede feindselige Handlung gegeneinander verzichten sollen, und ferner, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten des andern nicht einmischen und keine Propaganda gegeneinander machen wollen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200708/1